

Nebrauer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz. Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz. Geschäftsstelle in Nebra: Frau Hanemann Weig, Markt 34/35. Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Holschneiderei: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Artzen.

Nr 82

Sonnabend, den 9. Juli 1932.

45. Jahrgang

Die „politische“ Krise

„Der Umsturz der Tzigler“. — Frankreich hat es nicht eilig. — Lausanne, 8. Juli.

Die großen Gegenspieler in Lausanne haben sich so festgefahren, daß man im Verlaufe des Donnerstags keine Lösung zu finden vermochte und die Franzosen schließlich auf den bequemsten Ausweg verfielen, die Verhandlung der Verhandlungen zu empfehlen, ein Ausweg, für den allerdings weder die Engländer als die Urheber dieser Konferenz noch die Mehrheit der maßgebend beteiligten Staaten sich begeistern dürften.

Der französische Ministerpräsident, der unter dem Druck seiner innerpolitischen Schwierigkeiten in der entscheidenden Phase der Lausanner Verhandlungen eine Starbrett an den Tag legt, die während auf die ganze Konferenz drückt, hat die volle Macht seines Widerstandes jetzt gegen die politischen Bedingungen gerichtet, unter denen der Abschluß der Verhandlungen zustandekommen soll. Auf der anderen Seite ist der deutsche Reichskanzler durch die Haltung seines französischen Gegenspielers ebenfalls an einen Punkt geführt worden, wo die Möglichkeit einer Wendung für ihn sehr schwierig wird, und die Aktionsfähigkeit der beiden maßgebend Beteiligten sich so völlig lahmgelegt, daß damit die Arbeit der Konferenz einfach unterbrochen wurde.

Der französische Ministerpräsident macht sich die Sache etwas leicht, wenn er sagt, Frankreich habe es nicht eilig, und wenn er für die Durcharbeitung der von den Juristen der Delegationen fertiggestellten Entwürfe eine nicht näher bestimmte Zeit beanprucht.

Er weiß sehr genau, daß die Lage dieser Konferenz gefährlich ist, daß ihr Präsident MacDonald seinen Aufenthalt in Lausanne aus Gründen der englischen Politik wie im Hinblick auf die Reichskonferenz in Ottawa nicht beliebig verlängern kann und wahrscheinlich auch seine Lust haben wird, den Wirtstheorien Sverris unbeschränkte Zeit für die Durchörterung des „Urmandes der Tzigler“ zu geben. Es handelt sich ja schließlich nicht um Probleme, die den französischen Sachbearbeitern so vollkommen neu wären, daß sie sich erst orientieren müßten, und niemand kann bezweifeln, daß bei einigen guten Willen die französische Delegation durchaus in der Lage wäre, ihre festen Entschlüsse in wenigen Stunden zu treffen und bekannt zu geben.

Alle Angelegenheiten sind und teilweise die Verhandlungen erschweren, wiegen gering gegenüber der entscheidenden Hemmung, die einzig und allein von Frankreich ausgeht.

Der Versuch, unter dem Vorwand, daß die politischen Fragen einer längeren Erörterung bedürften, die Lausanner Verhandlungen jetzt ohne Ergebnis abbrechen, dieser letzte Ausweg, den die französische Politik zur Vermeidung einer klaren Entscheidung gehen zu können glaubt, sollte durch den Widerstand aller derer vereitelt werden, die die Notwendigkeit eines Abschlusses erkannt haben. Lausanne muß zu einem Ja oder zu einem Nein geführt werden, und Herriot darf es nicht erlauben, dieses Ja oder dieses Nein auszusprechen.

von Dapen und Herriot

Reichskanzler von Dapen begab sich bereits in den frühen Morgenstunden in Begleitung des Staatssekretärs von Bülow und Ministerialdirektors Gaus in das Polizeihotel zu Herriot. Diese direkte deutsch-französische Unterredung, die jetzt seit längerer Unterbrechung wieder zum ersten Male stattfindet, wird allgemein auf den direkten Wunsch MacDonalds zurückgeführt.

Sie dauerte von 10 bis kurz vor 12 Uhr. Herriot begleitete den Kanzler, Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Gaus bis zu ihrem Wagen. Es wird nur mitgeteilt, daß die Verhandlungen fortgesetzt wurden.

Herriot erklärte der Presse, man sei jetzt im Stadium der Prüfung der Dokumente. Es sei schwer, durch den Wechsel von Dokumenten durchzufinden. Man sei jetzt dabei, gewisse Wege in dem Umsturz der Dokumente zu bahnen und gewisse Formeln auszuwickeln, auf denen dann weiter verhandelt werden könnte.

Es besteht der Eindruck, daß von allen Seiten die größten Anstrengungen gemacht werden, um eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage und damit die Grundlage für eine allgemeine Verständigung zu finden.

Deutscher Pessimismus . . .

In der Besprechung wurde nach deutschen Mitteilungen festgestellt, daß die gelamten politischen Fragen kaum mehr reflexlos insolge den Äußerungen der Zeit auf dieser Konferenz gelöst werden können. Welche Rückwirkungen diese Feststellung auf den weiteren Gang der Konferenz haben wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. In der Besprechung hat sich weiter ergeben, daß sich von französischer Seite gewisse politische For-

derungen in bezug auf die Haltung Deutschlands in der Zukunft geltend gemacht worden sind.

Diese Forderungen sollen im Zusammenhang mit dem von der Gegenseite vorgeschlagenen Konstitutionspunkt stehen, nach dem sich die Mächte verpflichten sollen, in Zukunft über die großen grundsätzlichen internationalen Fragen sich zu verständigen. Die Schwierigkeiten, die bereits zu Anfang der Konferenz in diesen Fragen entstanden waren, sind jetzt von neuem aufgetaucht. Auf der Gegenseite ist verlangt worden, daß in diesem Konstitutionspunkt eine Vereinbarung getroffen wird, die für Deutschland auf eine Festlegung des gegenwärtigen Zustandes hinauslaufen würde und die deshalb abgelehnt worden ist. Die deutsche und französische Verhandlung sind unmittelbar nach der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Herriot zu internen Besprechungen zusammengetreten.

Es wird gegenwärtig auf beiden Seiten die Frage erörtern, in welcher Weise ein gewisser Abschluß der Konferenz doch noch erzielt werden kann, oder ob im Hinblick auf die Gegenläufe in politischen Fragen die Vertagung der Konferenz auf einen späteren Zeitpunkt notwendig werden sollte.

. . . und Optimismus bei den Franzosen

Die Mitteilungen, die von französischer Seite über den Stand der Dinge gemacht werden, setzen durchaus im Gegensatz zu der deutschen Beurteilung der gegenwärtigen Verhandlungen.

Auf französischer Seite wird erklärt, daß die Besprechungen durchaus weitergehen und daß damit die weitere Entwicklung jetzt mit Ruhe und Geduld abgewartet werden müsse. Man sei jetzt in die nächste Prüfung der verschiedenen Vorschläge und Dokumente eingetreten und habe auf dieser Grundlage zu einer Verständigung zu gelangen.

Die „politischen Punkte“

Der erlittene Einbruch in Lausanne entspann sich um die politischen Punkte, die im Teil V und im Teil VIII des Verlaufsprotokolls enthalten sind. Teil V enthält die Bestimmungen über Landwehr, Seemacht und Luftfahrt und beginnt:

„Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die in folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landwehr, die Seemacht und die Luftfahrt genau innewohnen.“

Es folgen die einseitigen Rüstungsbeschränkungen für Deutschland in den Wörtern: „Stärke und Einteilung des deutschen Heeres“, „Bewaffung, Munition und Material“, „Heeresergänzung und militärische Ausbildung“, „Bestimmungen über militärische und Seefahrt“ und über „die internationalen Ueberwachungsanstalten“.

Teil VIII enthält den ganzen Komplex der Wiederherstellungen (Reparations) und beginnt mit dem Artikel 231: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufzuzunehmen wurde, erlitten haben.“

Da der ganze Teil VIII bei einer Einigung auf eine Endgültigkeit außer Kraft gesetzt würde, erfolgte damit gleichzeitig Artikel 231, der die „Kriegsschuld“ feststellt.

Die letzte Krise ist dadurch entstanden, daß Frankreich aus Prestigegründen die von deutscher Seite verlangte Annulierung des ominösen Artikels 231 bisher aus schroffe abgelehnt hat.

MacDonalds Vertragentwurf

Ein Vertragentwurf wie er angeblich von MacDonald aufgestellt worden ist, wird wie folgt zusammengefaßt:

1. Alle weiteren Reparationszahlungen Deutschlands sind ein für allemal abgelehnt.
2. Deutschland verpflichtet sich hierfür, die Gesamtsumme von 150 Millionen Pfund in mehreren Jahresraten zu zahlen, die einem europäischen Wiederaufbaufonds zugewandt werden.
3. Als eine Folge der Abschaffung der Reparationen wird Teil VIII des Verlaufsprotokolls und die Bestimmungen bezüglich und auch den Kriegsschuldparagrafen entfallen, keine weitere Gültigkeit mehr haben.
4. Die bestehende Kontrolle über die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn wird aufgehoben.
5. Der gegenwärtige Vertrag soll erst wirksam werden, nachdem er durch die Parlamente der beteiligten Länder ratifiziert worden ist.
6. Die Unterzeichnermächte verpflichten sich, keine Schritte zu tun, die den wirtschaftlichen Frieden der Welt stören könnten.

„Financial News“ zufolge sind die Bestimmungen, die das Lausanner Abkommen von einer zufriedenstellenden Regelung der Kriegsschulden abhängig machen, in einem Antrag enthalten.

Englands Abrüstungsvorschläge

Unterhaus-Rede Baldwin. — Stellungnahme zu dem neuen Hoover-Plan. — Berlin, 8. Juli.

Der hellroterende englische Ministerpräsident, Baldwin, legte im Unterhause Englands Stellungnahme in der Abrüstungsfrage dar. Er betonte, man müsse die Rede Baldwin durch die britische Delegation auf der Abrüstungs-

konferenz in Genf ausgegeben. Die Rede Baldwin geht davon aus, daß die amerikanischen Vorschläge als Beitrag zu einem „in gemeinsamer Arbeit aufzubauenden Werk“ gedacht seien, und daß deshalb jede Abordnung von sich aus auf der Abrüstungskonferenz ähnliche Beiträge leisten müsse.

England begrüßt mit dieser Erklärung Baldwin die Grundzüge der Vorschläge Hoover, die Verbindung der qualitativen mit der quantitativen Abrüstung, die Verminderung der Offenheit und insbesondere die Klarstellung der engen Verbindung der Land-, See- und Luftkräften. Den Mittelpunkt der Vorschläge Englands bilden sieben Punkte für die Begrenzung der Seerüstungen, die Höchstlänge für die Linienschiffe und für die Bekämpfung der einzelnen Schiffsstapeln enthalte, und vor allem die Abschaffung der Unterseeboote fordern.

Zu der Frage der Luftabrüstung macht England den Vorschlag, das Luftschiffbauwesen mit Ausnahme gewisser Fälle, die durch eine Abmachung festgelegt werden sollen.

Die Finanznot der Staaten

Genf, 8. Juli.

Der Bericht des Finanzausschusses des Völkerverbundes stellt fest, daß die Frage der österreichischen Anleihe zur gleichen Zeit vom Gemischten Ausschuss in Genf und Lausanne behandelt wurde, ohne sich näher zu diesem Punkte zu äußern.

Ueber Bulgarien befragt der Bericht u. a., daß das bulgarische Finanzministerium die Befreiung von der Amortisationszahlung über 100 Millionen Leva an die Nationalbank nachgelassen und diese Summe auch nicht gezahlt habe. Die Unterlegung dieser Zahlung stelle eine Nichterfüllung des Protokolls vom 10. März 1928 dar und sei dem Völkerverbund mitgeteilt worden. Zugleich gibt der Ausschuss freilich zu, daß man unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen gegen die vorübergehende Zahlungseinstellung auch in diesem Falle keinen Einpruch erheben dürfe. Der Bericht über Griechenland gibt die Erklärungen der griechischen Regierung und die Abstimmungen vom 15. April und 21. Mai d. S. wieder und stellt fest, daß die griechische Regierung seitdem nicht nur den Transfer ihrer Auslandszahlungen eingestellt, sondern in ihrem Haushalts für 1932/33 für ihre ausländischen Schuldenszahlungen eine Summe vorgelegen habe, die etwa der Hälfte ihrer Verpflichtungen entsprechen würde. Der Ausschuss wendet darauf hin, daß diese Maßnahmen der griechischen Regierung den Kredit Griechenlands im Ausland erheblich beeinträchtigen müßten.

Auch bei Ungarn stellt der Ausschuss mehrere Beschwerden gegen die internationalen Finanzverpflichtungen fest, sieht aber in diesem Falle selbst kein anderes Mittel als allgemeine Maßnahmen zur wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufschwung, auf die er schon in mehreren früheren Berichten hingewiesen habe.

Sehrede des Prager Bürgermeisters

Die Deutschen als Feinde des Staates.

Prag, 8. Juli.

In Prag fand der 11. allslawische Sokol-Kongress statt, bei dem auch Vorführungen von Truppteilen der tschechischen, jugoslawischen und rumänischen Armee gezeigt wurden, die ein Ausdrück des auch in der militärischen Beziehung der Heere der Kleinen Entente herrschenden Soldatengedankens sein sollten. Bei der Abschließung hielt der Prager Oberbürgermeister Dr. Baga eine Rede, in der er u. a. ausführt: „Wir fordern Euch auf, Euch gegen alle wühlrischen Elemente zu stellen, wo sie immer sich zeigen.“

Wir fordern Euch auf, in den Grenzgebieten auf der Wacht zu sein, wo viele von denen, die wir bei der Gründung unserer Republik zu Freunden haben wollten, trotz unserer Opfer und Zugeländnisse sich immer deutlicher als Feinde unseres Staates zeigen.“

Ein härterer Schluß tut not, soll das Wert unserer Befreiung nicht Schaden erleiden. Es ist unbedenklich, daß während Prag jubelt, an einem anderen Ort der Republik die Staatsflagge oder die Staatsprache zurückgesetzt wird.“

Dazu bemerkt das „Prager Tagblatt“: Der Mißklang, den die Rede des Bürgermeisters bei den deutschen Bewohnern in der Tschechoslowakei erzeugen muß, ist erheblich. Daß Dr. Baga bei seiner Anrede auf die Soldaten in unzuverlässiger Anspielung die Deutschen in der Tschechoslowakei als Feinde des Staates bezeichnet, gegen die er die Soldaten aufrufen zu müssen meint, ist verlegend.

Deutsche Tageschau

Rücktritt der thüringischen Regierung

Weimar, 8. Juli.

Nach mehrstündiger Kabinettsberatung beschloß die thüringische Regierung, zurückzutreten. In der amtlichen Mitteilung darüber heißt es: „Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes sind vom Samstag Beschlüsse gefaßt worden, die durchzuführen, die Landesregierung nicht in der Lage ist. Die Mitglieder der thüringischen Landesregierung treten somit zurück.“

sich ohne Wissen des Meisters entfernt hatten, waren des Schminners unfeindlich. Durch Unvorsichtigkeit gerieten sie an eine kiste Stelle und gingen unter. Ein auf die Hinterseite einer Frau herbeigeworfener Fächer sprang in voller Kleidung ins Wasser. Da sich jedoch die Entzündenden an ihn festklammerten, geriet er selbst in die Gefahr des Ertrinkens und entging dem Tode nur dadurch, daß ihn jemand zerriff.

Schweres Kraftwagenunglück. Auf der Landstraße Halle-Nordhausen verunglückte wenige Kilometer vor Nordhausen der schwere Zylinder-Kraftwagen des Freipreiers von Brandenstein aus Halle bei Gera. Der Wagen hat infolge überhöherer Fahrt in schwerer Kur, hatte zwei Geschleibe umgerissen und sich dann überdrehen. Von den Insassen war die Mutter des Befähigten auf der Stelle tot. Ihre Tochter, ihr Enkel und der Chauffeur erlitten schwere Kopfverletzungen und Beinbrüche. Der Befähigte des Wagens und seine Gattin kamen mit leichten Verletzungen davon.

Motorradfahrer schießt auf Nationalsozialisten. Drei Nationalsozialisten wurden in Ulm von einem noch nicht ermittelten Motorradfahrer angefahren, der in rasendem Tempo davonfuhr. Einer der Betroffenen wurde schwer verletzt. Zwei der Nationalsozialisten waren in Unkenntnis.

Feldmäherer in Stuttgart verhaftet. Die Stuttgarter Kriminalpolizei hat einen Stuttgarter Döhlener wohnenden Mann wegen Falschmünzerei verhaftet. Bei dem Verhafteten fand man Goldbrüche für Fünfmärkchen. Es handelt sich um den 47 Jahre alten Monteur Karl Langjahr aus Klein bei Heilbronn, der mit seinem 22 Jahre alten Sohn vor kurzer Zeit aus Karlsruhe nach Heilbronn verzogen war. Die sofort vorgenommene Durchsuchung der Wohnung ergab, daß sich Vater und Sohn seit etwa vier Wochen mit der Herstellung von falschen Fünfmärkchen befassen. Auch der Sohn wurde verhaftet. Beide sind gefänglich.

Mit dem Kraftwagen auf das Bahngleis gestürzt. Der Kaufmann Gustav Hofmann aus Pöding fuhr auf der Friedenseimer Bahnlinie in München mit seinem Kraftwagen gegen eine Weichungsmauer, durchbrach das Brüstungsgeländer und stürzte auf das Bahngleis herab. Der Leiter des Kraftwagens wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus geschafft, wo der Tod alsbald eintrat. Der Kraftwagen wurde stark beschädigt.

„Do. 1.“ in Danzig. Das Flugzeug „Do. 1.“ traf von Königsberg kommend in Danzig ein. An dem flüchtigen Oberpräsident Dr. Siehr-Königsberg, Generalmajor Starke, Oberst Heig, der Kommandant der Festung Königsberg, Bürgermeister Weber-Königsberg sowie Pressevertreter und 66 Passagiere teil. Heber der freien Stadt gab das Flugzeug eine große Scheitler im die Marienkirche und das Rathaus. Es flog dann zum Hafen von Danzig-Neufahrwasser nach Joppot. Zurückkehrend überflog es noch einmal die Stadt Danzig. Um 17.30 Uhr landete „Do 1.“ in dem Danziger Flughafen von Döllsch-Neufahr. Zur Begrüßung hatte sich der Präsident des Danziger Senats, Dr. Jehm, mit Vertretern der Behörden sowie der deutsche Generalkonsul Freiherr Dr. von Thermann eingefunden.

Schweres Autounglück

Ein Todesopfer, vier Schwerverletzte.
Nordhausen. Auf der Straße von Nordhausen nach Sangerhausen zwischen den Dörfern Bielen und Wendehausen fuhr der achtfache Personenzug des Barons von Brandenstein, der sich auf der Fahrt von seinem Güter bei Gera nach Großröhrig befand, gegen einen Baum und wurde vollstän- glich zerstört. Der Führer des Zuges, die Baronin von Brandenstein, war auf der Stelle tot. Ihre Tochter, die Frein von Brandenstein, und ein Entenkind Gusto von der Dellen sowie der Chauffeur wurden schwer verletzt. Baron von Brandenstein und seine Frau blieben unversehrt. Das Unglück ereignete sich am Sonntag den 2. Juli um 11.30 Uhr. Der Zug fuhr von Gera nach Nordhausen über den dritten Weg gestrichelt wurde.

Güterzug durchfährt den Brellbock

Großen (Eifer). Beim nächsten Rangieren durchfuhr eine Wache mit einigen Wagen den Brellbock und wurde vollstän- glich zerstört. Der Führer des Zuges, der Baron von Brandenstein, war auf der Stelle tot. Ihre Tochter, die Frein von Brandenstein, und ein Entenkind Gusto von der Dellen sowie der Chauffeur wurden schwer verletzt. Baron von Brandenstein und seine Frau blieben unversehrt. Das Unglück ereignete sich am Sonntag den 2. Juli um 11.30 Uhr. Der Zug fuhr von Gera nach Nordhausen über den dritten Weg gestrichelt wurde.

Unwetter im Allgäu

Gewaltige Vermürungen in Süßen.

Füssen im Allgäu, 8. Juli.
Ein furchtbares Unwetter, das über Füssen wiedergerichtet ist, hat ungeheuren Schaden angerichtet, der sich ziffermäßig noch nicht annähernd darstellen läßt. Besonders heimtückisch wurden das Zentrum der Stadt sowie der nördliche und östliche Teil. Stellenweise liegt die Stadt aus, als ob ein Trommelfeuer über sie hinweggegangen wäre.

Manche Häuser gleichen Ruinen. Abgesehen alle Dachplatten wurden durchgeschlagen und die Fenstergehäusen zerstört. Da nun kein furchtbarer Beschlag im gewaltigen Wasserdruck folgte, drangen die Wasserstrahlen in die Speicher und die oberen Stockwerke der Häuser ein. Viele Wohnräume sind unbenutzbar geworden, so daß Einwohner und Hotelgäste ausquartiert und anderweitig untergebracht werden mußten. Ein trauriges Bild der Verwüstung bieten die Gärten, Wiesen und Acker in der Umgebung. So unglücklich es klingt, so ist es doch Tatsache, daß die zerstörte Fuggelschlössen im Gewicht bis zu einem Kilogramm gefallen sind. Es gibt Acker, auf denen kein Grasalm und kein Füllschägen mehr steht.

Störungen im Reichsbahnbetrieb

Das schwere Unwetter hat im Eisenbahnbetrieb zahlreiche Störungen verursacht. Zwischen Wasserburg-Bahnhof und Wasserburg-Stadt sowie in der näheren Umgebung, fernher zwischen Ostfildt und Heidenhof und bei Stallau wurde der Bahndamm vom Hochwasser untergraben und überflutet. So daß die Güte Verpaltungen erlitten. Zwischen Werra und Garmisch-Partenkirchen wurden die Reisenden von zwei Zügen mit Kraftwagen befreit. Auch durch Blitzschläge in die elektrischen Fahrleitungen und in die Telefonleitungen wurde der Betrieb der Reichsbahn an mehreren Stellen verlangsamt. Die Störungen konnten alle nach kurzer Zeit behoben werden.

Brandschäden im Mai 1932

Nach der Feststellung des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsanstalten in Deutschland sind die Verluste für Brandschäden im Mai 1932

anfallen (Brandversicherungsanstalten, Sozialisten, Brandstiftungen) im Monat Mai 1932 auf 3.912.104 RM. (April: über 7.237.007 RM.) zurückgegangen. Auch die Schadenshäufigkeit ist im Mai mit 5006 Schäden gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres mit 5882 gefallen. Die Gesamtschadensleistungen der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten für Brandschäden betragen die Ende Mai des laufenden Jahres 37.331.444 RM. (1931: 39.384.215 RM.). Der bisher geringere Schadensbedarf des laufenden Jahres bedeutet nicht ohne weiteres ein Nachlassen der Brände gegenüber dem Vorjahre. Bei Vergleichen mit dem Vorjahre dürfen das Sinken des Baukostenindex und der allgemeine Preisrückgang nicht unberücksichtigt bleiben, weil sich daraus auch eine Minderung der Entschädigungsbeträge ergibt.

Technische Wahlbündnisse

Das Verhältniswahlrecht mit seinen komplizierten Bestimmungen hat manche Notwendigkeiten geschaffen, die man bisher wenig beachtete. An sich ist die Bestimmung, daß auf 60.000 für eine Partei abgegebene Stimmen ein Reichstagsabgeordneter dieser Richtung als gewählt gilt, klar und deutlich. Sie erfährt aber eine Verdunkelung durch die Einzelbestimmungen des Wahlgesetzes. Man sollte annehmen, daß eine Partei, die beispielsweise 600.000 Stimmen im Reich aufbrachte, dementsprechend 10 Sitze erreicht hätte. Dem ist aber nicht so. Die Verteilung der Sitze erfolgt zunächst in den Wahlkreisen von Wahlkreisoberbänden und, soweit die Stimmen dort nicht voll zur Auswirkung gekommen sind, auf der Reichsliste. Auf der Reichsliste werden einer Partei aber höchstens nur so viel Abgeordnete zugeteilt, als für sie in den Wahlkreisen bzw. den Wahlkreisoberbänden schon gewählt wurden. Wenn eine Partei in diesen unteren Wahlkreisen keine 60.000 Stimmen aufbrachte, dann erhält sie auch auf der Reichsliste kein Mandat, selbst wenn sie im ganzen Reich auf 600.000 Stimmen hinweisen kann. Wenn eine Partei in den Wahlkreisen oder Wahlkreisoberbänden zum Beispiel nur zwei Mandate aufbrachte, so erhält sie auch auf der Reichsliste niemals mehr als ebenfalls zwei Sitze, wie es immer auch die dort angelaufenen Reststimmen sein können. So ist es bei den preußischen Landtagswahlen der Staatspartei ergangen, wo die Bestimmungen ähnlich sind wie im Reich. Die Staatspartei hatte nur ein Mandat in den preußischen Wahlkreisen bekommen und bekam auf der preußischen Landesliste ebenfalls nur einen Sitz, obwohl die Reststimmen für 2 Sitze gereicht hätten. Die Wirtschaftspartei und das Landvolk sind bei den Preußenwahlen aus den genannten Gründen völlig leer ausgegangen. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Stimmen restlos ausnützen können, weil sie genügend Wahlkreismandate erreicht hatte, um auf der Landesliste ihre Reststimmen wirksam zu machen.

Aus den genannten Gründen haben eine Reihe von

Anörung von Hengstböcken.

Die Hengstböckler werden aufgeführt, die Hengstböcke bis zum 1. Juli 1932 zugelassen werden sollen, bis spätestens Mittw. des 2. Juli d. J., im Magistratsbüro zur Anörung ankommen.

Der Magistrat. Grünberg.

Verlängerte Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe

Für Sonntag, den 10. Juli d. J., ist eine verlängerte Beschäftigungszeit im Handelsgewerbe und zwar von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr und von 12 bis 18 Uhr gestattet.

Während des Hauptgeschäftes darf die Ausübung des Gewerbebetriebes nicht stattfinden.

Neubra, den 8. Juli 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Grünberg.

Der verehrten Kundstätt von Carsdorf, Nebra und Umgegend empfehle ich mein reichhaltiges Lager zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Ständiger großer Vorrat an:

Sägefallenden Brettern und Bohlen von 10-50 mm Stärke
Zahnbohrer bis 50 cm breit
Hobelbänke, Rauphump, gehobelter Rauphump
Dach- und Deckungsbau
Füllzäune und Stabtreppen
Dach- und Walbatten sowie Baumaterial
Eigene und Kaufholz von 7/7 bis 14/16 cm stark.

Ferner in:

Fabrikrischen Zement, Zementfall und Stuckgips
Strichengewerben und -Möhren sowie
Zementkreide
Mauersteine und Klüster
Langlaufsteine und Deckensteine sowie
Zer-, Ort-, farbige Karboineum
Möhr-, Arabis- und Ziegel-Druckgewebe
Bleiche Terpaxpe und terfreie Papp
Kalkleimerei- und Dachlag
Dachpappe
Zementfeinmischer, Hlisen, Nägel, Schrauben
Gebrachte Eisenbahnschienen
und noch vieles anderes mehr.

Ausführung von Maurer-, Zimmer-, Beton- und Eisenbeton-Arbeiten

Anfertigung von Bauzeichnungen, Formentwürfen, Kostenaufschlägen und Baugängen zu billigen Preisen, bei Ausführung der Arbeiten kostenlos.

Richard Zahn, Carsdorf a. U.

Holzhandlung / Baugeschäft / Baustoffe.

Fernruf Neubra 73.

partieren nur die kommende Reichstagswahl ihre Forderungen zu stellen vermag. Die Staatspartei wollte ihre Reststimmen der Zentrumspartei zurechnen, die genügend Grundmandate in den Wahlkreisen hinter sich hat, um den Staatsparteilichen Reststimmen auf der Reichsliste Geltung zu verschaffen. Das Zentrum hat aber diese Forderung abgelehnt, weil sich immer mehr gezeigt hat, daß Protestanten und andere nichtgläubige Anhänger der Staatspartei für die sicheren Sitze des Zentrums gestimmt haben. Das Zentrum fürchtet, daß dieser Prozeß aufgehört würde, wenn die Ziffern der Staatspartei durch das Zentrum selber vor dem Untergang behütet werden. Die Wirtschaftspartei will zum Reichstagswahl am 2. Juli die Bauernliste zurechnen, ebenfalls unter der Voraussetzung, daß diese auf der Reichsliste die Führer der Wirtschaftspartei placiert. Die Landvolkspartei verhandelt mit gleichen Absichten mit den Nationalsozialisten. Diese werden aber die Forderung stellen, daß die auf der Reichsliste zur Wahl gelangten Anhänger des Landvolks bei allen wichtigen Abstimmungen gemeinsam mit den Nationalsozialisten operieren. Das wäre praktisch eine Aufgabe der politischen Selbstständigkeit der kleineren Partei.

Die Deutsche Volkspartei hat ein technisches Wahlbündnis mit der Deutschnationalen Volkspartei getroffen. Zum Unterschied von anderen Vorgängen bleibt der Deutschen Volkspartei die völlige politische Selbstständigkeit erhalten. Sitze in den Wahlkreisen oder auf der deutschnationalen Reichsliste gewählten Abgeordneten sind in ihren politischen Entscheidungen völlig frei. Es besteht also volle Klarheit, daß diese neuen politischen Bindungen übernommen wurden. Damit ist keineswegs zum Ausdruck gebracht, daß die Unterschiede zwischen den Grundhaltungen der Parteien verschwinden sollen. Sie bestehen in vollem Umfang weiter, wenn sie auch in den augenblicklichen Verhältnissen weniger in den Vordergrund treten.

Das Wahlbündnis schafft keine neue Parteigruppierung in Deutschland. Keine von den Parteien will es verantworten, daß irgendwelche Reststimmen verloren gehen, da es bei der kommenden Reichstagswahl auf jeden einzelnen Abgeordneten ankommen kann. Die DVV wird ihre Sitze in den Wahlkreisen einreichen, wird mit eigenem Programm und selbständig kämpfen, sie wird in den Wahlkreisverbänden nur Verbindungen mit ihren eigenen Ziffern vornehmen. Diejenigen Stimmen, die auf diesem Wege nicht für ein Mandat ausreichen, oder die als Reststimmen von Mandatsziffern übrig bleiben, gehen auf die Liste der Deutschnationalen Volkspartei. Dort sind auf Grund bindender Vereinbarungen auch Plätze für die Deutsche Volkspartei reserviert. Wenn die Deutschnationalen die ersten zwölf Nummern auf der Liste einnehmen werden, so ist zu berücksichtigen, daß etwa die Hälfte davon Doppelfunktionäre sind, die auch in den Wahlkreisen als führende deutschnationale Mandate zu gelten haben. Die Deutsche Volkspartei erhält entsprechend derselben Sitze unter ihrer Reststimmen, die auf die deutschnationale Liste fließen, die sich daraus ergebende Zahl von Mandaten, d. h. auf je 60.000 Stimmen einen Abgeordneten. Nach den Wahlen steht den Parteien der Weg des Selbstbestimmungsrechts offen. Sie haben nach keiner Seite irgendwelche Verpflichtungen übernommen. Daraus ergibt sich, daß die neuen Wahlbündnisse vorhanden ist zwischen zwei Parteien, die in vielen Grundfragen des gegenwärtigen Augenblicks übereinstimmende Ansichten vertreten, die aber ihr Eigenes und ihre eigene Weltanschauung betonen und die beide entschlossen sind, durch eine Vertretung der Stimmen den wirklichen Einfluß in vollem Umfang zu Geltung zu bringen.

Magdeburg, 8. Juli.

Der Kreisrat in Magdeburg stimmt zu der spinalen Kinderlähmung in einer längeren Erklärung, die er uns folgendes entnehmen: Ueber die Ausbreitung der Kinderlähmung in der Stadt Magdeburg sind in weiten Teilen Deutschlands ganz irrtümliche Ansichten verbreitet. Aus sehr einfachen Gründen ist zu entnehmen, daß Eltern besorgt sind, ihre Kinder könnten bei einem Verwandtenbesuch in Magdeburg angeheilt werden. Auswärtige Kindererziehungsinstitute bestreiten die Einführung der Krankheit durch Magdeburger Kinder.

Spinale Kinderlähmung in Magdeburg

Eine Erklärung des Kreisarztes.

Magdeburg, 8. Juli.

Der Kreisrat in Magdeburg stimmt zu der spinalen Kinderlähmung in einer längeren Erklärung, die er uns folgendes entnehmen: Ueber die Ausbreitung der Kinderlähmung in der Stadt Magdeburg sind in weiten Teilen Deutschlands ganz irrtümliche Ansichten verbreitet. Aus sehr einfachen Gründen ist zu entnehmen, daß Eltern besorgt sind, ihre Kinder könnten bei einem Verwandtenbesuch in Magdeburg angeheilt werden. Auswärtige Kindererziehungsinstitute bestreiten die Einführung der Krankheit durch Magdeburger Kinder.

Demgegenüber muß erneut betont werden, daß von einer furchtartigen Ausbreitung der Krankheit in der Stadt Magdeburg nicht die Rede sein kann. Die Gesamtheit der Erkrankungen in der Stadt Magdeburg befaßt sich seit Beginn des Jahres auf sieben. Hieron ist eine Erkrankung tödlich verlaufen. Dieser Todesfall liegt dem Todesschein, erstattet im Monat Mai d. J. vier Kinder, im Juni drei Kinder, seit dem 1. Juli kein Kind. Auf etwa 8000 Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren entfällt je ein Krankheitsfall. Hieraus mag ersehen werden, daß die Aufregung über die Bedrohung der Kinder nicht berechtigt ist.

Wochenendwetterbericht.

Mitteltel von der Thür. Landeswetterwarte Weimar.
Die Ausbreitung des Isalndries hat nunmehr die letzte Höheperiode durch verbreitete Gewitter gegen am Abfall gebracht. Diese Störung lag am Donnerstag als ein für Gewitterförmungen charakteristisches weiterweites flaches Tief über dem östlichen Mittelmeer. Nur langsam verliert diese Störung ihre Wetterwirksamkeit. Wir haben daher noch in vereinzelten leichten Regenfällen zu rechnen. Die Temperaturen steigen langsam wieder an.

Kirchliche Nachrichten

7. Sonntag nach Trinitatis, den 10. Juli 1932
Sonntagspredigt: Dr. Neus das Volk ist, jammerte ich beschreiben; denn sie waren verdammt und zertrübt wie Schote, die keinen Hirten haben (Matth. 9, 36)
10. Uhr: Sonntagsgottesdienst. (Bredigt über Jeremia 62, 6-7) Weber; 264 (187), 187 (104), 346 (567)
Solleite: Göttingen-Jugendwerk bei Hienach.
12 Uhr: Abendgottesdienst für die ältere Welt, in der Kirche.
12 Uhr: Abendgottesdienst für die jüngere Weltung im Gemeindehaus.
Wieder: 13, 7, 264, 190. Hie: Hienach.
Freitag, 13, 7, 264, 190. Hie: Hienach.
Wieder: 13, 7, 264, 190. Hie: Hienach.

Wieder: 13, 7, 264, 190. Hie: Hienach.
Wieder: 13, 7, 264, 190. Hie: Hienach.
Wieder: 13, 7, 264, 190. Hie: Hienach.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten und das illustrierte halbjährliche Heft „Leben im Bild“.

Nebrauer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.— RM Durch die Post bezogen 1.10 RM

Schriftleitung: Bülh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Konstanze Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 231. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 82

Sonnabend, den 9. Juli 1932.

45. Jahrgang

Die „politische“ Krise

„Der Umwurf der Tische“ — Frankreich hat es nicht eilig. — Lausanne, 8. Juli.

Die großen Gegenpieler in Lausanne haben sich so festgefahren, daß man im Verlaufe des Donnerstags keine Lösung zu finden vermochte und die Franzosen schließlich auf den bequemsten Ausweg verfielen, die Vertagung der Verhandlungen zu empfehlen, ein Ausweg, für den allerdings weder die Engländer als die Urheber dieser Konferenz noch die Mehrheit der maßgebend beteiligten Staaten sich begeistern dürften.

Der französische Ministerpräsident, der unter dem Druck seiner innerpolitischen Schwierigkeiten in der entscheidenden Phase der Lausanner Verhandlungen eine Starke an den Tag legt, die während auf die ganze Konferenz drückt, hat die volle Wucht seines Widerstandes jetzt gegen die politischen Bedingungen gerichtet, unter denen der Abschluß der Verhandlungen zustandekommen soll. Auf der anderen Seite ist der deutsche Reichskanzler durch die Haltung seines französischen Gegenpielers ebenfalls an einen Punkt geführt worden, wo die Möglichkeit einer Wendung für ihn sehr schwierig sind, und die Aktionsfähigkeit der beiden maßgebend Beteiligten sich so völlig lahmgelegt, daß damit die Arbeit der Konferenz einfach unterbrochen wurde.

Der französische Ministerpräsident macht sich die Sache etwas leicht, wenn er sagt, Frankreich habe es nicht eilig, und wenn er für die Durcharbeitung der von den Juristen der Delegationen fertiggestellten Entwürfe eine nicht näher bestimmte Zeit beanprucht.

Er weiß sehr genau, daß die Tage dieser Konferenz gezählt sind, daß ihr Präsident MacDonald seinen Aufenthalt in Lausanne aus Gründen der englischen Politik wie im Hinblick auf die Relationsfragen in Dittama nicht beliebig verlängern kann und wahrscheinlich auch keine Delegationen durchaus in der Lage wäre, ihre letzten Entschlüsse in wenigen Stunden zu treffen und bekannt zu geben.

Alle Angelegenheiten und Fehler, die etwas von anderer Seite gemacht worden sind und teilweise die Verhandlungen erschweren, wiegen gering gegenüber der entscheidenden Hemmung, die einzig und allein von Frankreich ausgeht.

Der Verlust, unter dem Vorstand, daß die politischen Fragen einer längeren Erörterung bedürftig sind, die Lausanner Verhandlungen jetzt ohne Ergebnis abbrechen, dieser letzte Ausweg, den die französische Politik zur Vermeidung einer klaren Entscheidung gehen zu können glaubt, sollte durch den Widerstand aller derer vereitelt werden, die die Notwendigkeit eines Abschlusses erkannt haben. Lausanne muß zu einem Ja oder zu einem Nein geführt werden, und hiermit darf es nicht erpariert werden, dieses Ja oder dieses Nein auszusprechen.

von Papen und Herriot

Reichskanzler von Papen begab sich bereits in den frühen Morgenstunden in Begleitung des Staatssekretärs von Bülow und Ministerialdirektors Gaus in das Polizeihotel zu Herriot. Diese direkte deutsch-französische Unterredung, die jetzt seit längerer Unterbrechung wieder zum ersten Male stattfindet, wird allgemein auf den direkten Wunsch MacDonalds zurückgeführt.

Sie dauerte von 10 bis fünf vor 12 Uhr. Herriot begleitete den Kanzler, Staatssekretär von Bülow und Ministerialdirektor Gaus bis zu ihrem Wagen. Es wird nur mitgeteilt, daß die Verhandlungen fortgeführt wurden.

Herriot erklärte der Presse, man sei jetzt im Stadium der Prüfung der Dokumente. Es sei schwer, durch den Wechsel von Dokumenten durchzufinden. Man sei jetzt dabei, gewisse Wege in dem Umwurf der Dokumente zu bahnen und gewisse Formeln auszuwerfen, auf denen dann weiter verhandelt werden könnte.

Es besteht der Eindruck, daß von allen Seiten die größten Anstrengungen gemacht werden, um eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage und damit die Grundlage für eine allgemeine Verständigung zu finden.

Deutscher Pessimismus . . .

In der Besprechung wurde nach deutschen Mitteilungen festgehalten, daß die gesamten politischen Fragen kaum mehr reiflos ins Auge der Kürze der Zeit auf dieser Konferenz gestellt werden können. Welche Rückwirkungen diese Feststellung auf den weiteren Gang der Konferenz haben wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. In der Besprechung hat sich weiter ergeben, daß jeht von französischer Seite gewisse politische For-

derungen in Bezug auf die Haltung Deutschlands in der Zukunft geltend gemacht worden sind.

Diese Forderungen sollen im Zusammenhang mit dem von der Gegenseite vorgeschlagenen Konfliktlöseplan stehen, nach dem sich die Mächte verpflichten sollen, in Zukunft über die großen grundsätzlichen internationalen Fragen sich zu verständigen. Die Schwierigkeiten, die bereits zu Anfang der Konferenz in diesen Fragen entstanden waren, sind jetzt von neuem aufgetaucht. Auf der Gegenseite ist verlangt worden, daß in diesem Konfliktlöseplan eine Vereinbarung getroffen wird, die für Deutschland auf eine Festlegung des gegenwärtigen Zustandes hinauslaufen würde und die deshalb abgelehnt worden ist. Die deutsche und französische Verhandlung sind unmittelbar nach der Unterbrechung zwischen dem Reichskanzler und Herriot zu internen Besprechungen zusammengetreten.

Es wird gegenwärtig auf beiden Seiten die Frage erzwungen, in welcher Weise ein gewisser Abschluß der Konferenz doch noch erzielt werden kann, oder ob im Hinblick auf die Gegenstände in politischen Fragen die Vertagung der Konferenz auf einen späteren Zeitpunkt notwendig werden sollte.

. . . und Optimismus bei den Franzosen

Die Mitteilungen, die von französischer Seite über den Stand der Lage gemacht werden, sehen durchaus im Gegensatz zu der deutschen Beurteilung der gegenwärtigen Verhandlungen.

Auf französischer Seite wird erklärt, daß die Besprechungen durchaus weitergehen und daß damit die weitere Entwicklung jetzt mit Ruhe und Geduld abgewartet werden müsse. Man sei jetzt in die nächste Prüfung der verschiedenen Vorschläge und Dokumente eingetreten und habe auf dieser Grundlage zu einer Verständigung zu gelangen.

Die „politischen Punkte“

Der erweiterte Entwurf in Lausanne entspann sich um die politischen Punkte, die im Teil V und im Teil VIII des Versailleser Diktats enthalten sind. Teil V enthält die Bestimmungen über Landwehr, Seemacht und Luftfahrt und beginnt:

„Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die in folgenden niedergelegten Bestimmungen über den Ausbau, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten.“

Es folgen die einseitigen Rüstungsbeschränkungen für Deutschland in den Abschnitten: „Stärke und Einteilung des deutschen Heeres“, „Bewaffung, Munition und Material“, „Heeresergänzung und militärische Ausbildung“, „Bestimmungen über militärische und Seemacht“, „Bestimmungen über militärische und Seemacht“ und über „die internationalen Ueberwachungsanstalten“.

Teil VIII enthält den ganzen Komplex der Wiederherstellungen (Reparations) und beginnt mit dem Artikel 231: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufzugenommen wurde, erlitten haben.“

Da der ganze Teil VIII bei einer Einigung auf eine Entschädigung außer Streit gestellt würde, entspricht damit gleichzeitig Artikel 231, der die „Kriegsschuld“ feststellt.

Die letzte Artie ist dadurch entstanden, daß Frankreich aus Prestige Gründen die von deutscher Seite verlangte Annulierung des ominösen Artikels 231 bisher aufs schroffste abgelehnt hat.

MacDonalds Vertragsentwurf

Ein Vertragsentwurf wie er angeblich von MacDonald aufgestellt worden ist, wird wie folgt zusammengefaßt:

1. Alle weiteren Reparationszahlungen Deutschlands sind ein für allemal abgelehnt.
2. Deutschland verpflichtet sich hierfür, die Gesamtsumme von 150 Millionen Pfund in mehreren Jahresraten zu zahlen, die einem europäischen Wiederaufbaufonds zugewandt werden.
3. Als eine Folge der Abschaffung der Reparationen wird Teil VIII des Versailleser Vertrags der sich auf die Reparationen bezieht und auch den Kriegsschuldparagraphen enthält, seine weitere Gültigkeit mehr haben.
4. Die bestehende Kontrolle über die Weisung und die Deutsche Reichsbahn wird aufrechterhalten.
5. Der gegenwärtige Vertrag soll erst wirksam werden, nachdem er durch die Parlamente der beteiligten Länder ratifiziert worden ist.
6. Die Unterzeichnermächte verpflichten sich, keine Schritte zu tun, die den wirtschaftlichen Frieden der Welt stören könnten.

„Financial News“ zufolge sind die Bestimmungen, die das Lausanner Abkommen von einer zufriedenstellenden Regelung der Kriegsschulden abhängig machen, in einem Antrag enthalten.

Englands Abrüstungsvorschläge

Unterhaus-Rede Baldwin's — Stellungnahme zu dem neuen Hoover-Plan. — Berlin, 8. Juli.

Der stellvertretende englische Ministerpräsident, Baldwin, legte im Unterhaus die Stellungnahme in der Abrüstungsfrage dar. Gleichzeitig wurde die Rede Baldwin's durch die britische Delegation auf der Abrüstungs-

konferenz in Genf ausgegeben. Die Rede Baldwin's geht davon aus, daß die amerikanischen Vorschläge als Beitrag zu einem „in gemeinsamer Arbeit aufzubauenden Werk“ gedacht seien, und daß deshalb jede Abordnung von sich aus auf der Abrüstungskonferenz ähnliche Beiträge leisten müsse.

England begünstigt mit dieser Erklärung Baldwin's die Grundzüge der Vorschläge Hoover's, die Verbindung der qualitativen mit der quantitativen Abrüstung, die Vermittlung der Offenheit und insbesondere die Klarstellung der engen Verbindung der Land-, See- und Luftkräften. Den Mittelpunkt der Vorschläge Englands bilden sieben Punkte für die Begrenzung der Seerüstungen, die Höchstätze für die Land- und für die Luftkräfte der einzelnen Schiffsklassen enthalten, und vor allem die Abschaffung der Unterseeboote fordert.

In der Frage der Luftabrüstung macht England den Vorschlag, das Luftkommando einem völlig abschaffen mit Ausnahme gewisser Fälle, die durch eine Abmachung festgelegt werden sollen.

Die Finanznot der Staaten

Genf, 8. Juli.

Der Bericht des Finanzausschusses des Völkerverbundes stellt fest, daß die Frage der österreichischen Anleihe zur gleichen Zeit vom Österreichischen Ausschuss in Genf und Lausanne behandelt wurde, ohne sich näher zu diesem Punkte zu äußern.

Ueber Bulgarien befragt der Bericht u. a., daß das bulgarische Finanzministerium die Befreiung von der Amortisationszahlung über 100 Millionen Leva an die Nationalbank nachgeliebt und diese Summe auch nicht gezahlt habe. Die Unterlassung dieser Zahlung stelle eine Nichterfüllung des Protokolls vom 10. März 1928 dar und sei dem Völkerverbund mitgeteilt worden. Zugleich gibt der Ausschuss freisich zu, daß man unter den gegenwärtigen außerordentlichen Umständen gegen die vorübergehende Zahlungseinstellung auch in diesem Falle keinen Einpruch erheben dürfte. Der Bericht über Griechenland gibt die Erklärungen der griechischen Regierung über die Zahlungsstillstände vom 15. April und 21. Mai d. J. wieder und stellt fest, daß die griechische Regierung seitdem nicht nur den Transfer ihrer Auslandszahlungen eingestellt, sondern in ihrem Haushalt für 1932/33 für ihre ausländischen Schuldenszahlungen eine Summe vorgelegen habe, die eine der Hälfte ihrer Verpflichtungen entsprechen würde. Der Ausschuss weist darauf hin, daß diese Maßnahmen der griechischen Regierung den Kredit Griechenlands im Auslande erheblich beeinträchtigen müßten.

Auch bei Ungarn stellt der Ausschuss mehrere Verpflichtungen gegen die internationalen Finanzverpflichtungen fest, sieht aber in diesem Falle selbst kein anderes Mittel als die geeigneten Maßnahmen zur wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufholung, auf die er schon in mehreren früheren Berichten hingewiesen habe.

Hehrede des Prager Bürgermeisters

Die Deutschen als Feinde des Staates.

Prag, 8. Juli.
Der Kongreß hat, eilen der tschechischen Armee gegen militärischen Bedrohenden Soldaten hielt der Prager, in der er u. a. gegen alle wüßte sich zeigen. gegeben auf der sie bei der Grünung wollen, trotz er deutlicher als

Bert unserer Böhmer, daß, wüßte der Republik die geüßte wird.“

Der Mitglied, deutschen Bedroh, ist erheblich, die Solon in um der Tchechogen die er die sind.

Hau
Rücktritt der thüringischen Regierung

Weimar, 8. Juli.

Nach mehrstündiger Kabinettsberatung beschloß die thüringische Regierung, zurückzutreten. In der amtlichen Mitteilung darüber heißt es: „Bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes im Landtag Beschlüsse gefaßt worden, die durchzuführen, die Landesregierung nicht in der Lage ist. Die Mitglieder der thüringischen Landesregierung treten somit zurück.“